

# „In der Hauptsache ist nichts geschehen.“

Christoph Kleine,  
Interventionistische Linke, Lübeck

*Anlässlich der Demonstration „Solidarisch gegen Hass“ im Januar 2017 warf Christoph Kleine in seinem Redebeitrag den Blick auf den gesellschaftlichen Rassismus in der Gegenwart.*

Am 18. Januar 1996 stand ich – gemeinsam mit vielen anderen Menschen, die ihre Anteilnahme und Solidarität zeigen wollten – vor dem ausgebrannten Haus in der Lübecker Hafenstraße 52, entsetzt und fassungslos über den rassistischen Mord an zehn Menschen, die in der Flüchtlingsunterkunft verbrannt worden waren. Und gleichzeitig unendlich zornig und wütend. Wütend v. a. auf eine staatliche Politik, die Asylbewerber\*innen nicht als Menschen, sondern als Kostenfaktor und Belastung gesehen hat, als willkommene Sündenböcke für die sozialen Verwerfungen und die Massenarbeitslosigkeit nach dem Anschluss der DDR. Eine Politik, die die Geflüchteten in überfüllte und oft baufällige Unterkünfte gepfercht und sie so als Anschlagziel für die neonazistischen Mordbrenner geradezu auf den Präsentierteller gelegt hat.

Nach dem 18. Januar 1996 war uns allen klar, was jetzt geschehen müsste: Auflösung der Heime, Unterbringung der Geflüchteten in normalen Wohnungen, Bleiberecht für die Überlebenden, Verfolgung und Verurteilung der rassistischen Täter und v. a. eine Umkehr in der staatlichen Flüchtlingspolitik, die Rücknahme der kurz zuvor erfolgten Verstümmelung und quasi-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Übrigens ein Eingriff in die Verfassung, der 1993 auf dem Höhepunkt der rassistischen Stimmungsmache und Gewaltwelle nur mit den Stimmen der SPD und maßgeblicher Beteiligung des damaligen Vorsitzenden Björn Engholm, auch ein Lübecker, möglich war. Das Gleiche gilt – damit hier nicht nur eine Partei an den Pranger gestellt wird – für Oskar Lafontaine.

## Zum 21. Jahrestag des Lübecker Brandanschlags

### *Der Öffentlichkeit galt der Brand nicht als rassistischer Anschlag*

Bei der Unterbringung der Geflüchteten ist – zumindest in Lübeck – in der Folge einiges Positives geschehen. Auch das Bleiberecht der Überlebenden konnte schließlich durch massiven Druck für alle ehemaligen Hausbewohner durchgesetzt werden. Jedenfalls für alle bis auf einen, der bis heute, 21 Jahre später, mit den bundesdeutschen Behörden um seinen Aufenthalt kämpfen muss.

Aber in der Hauptsache, der Behandlung von Geflüchteten, der staatlichen Asylpolitik, die auf Entrechtung und Abschreckung setzt und dabei in Kauf nimmt, rassistische Stimmungen zu schüren, ist eigentlich nichts geschehen, ja es wird in letzter Zeit immer schlimmer. Das hängt auch damit zusammen, was nach dem furchtbaren Anschlag der eigentliche Skandal von Lübeck ist:

Dringend tatverdächtige Neonazis, in der Brandnacht in der Nähe des Tatorts aufgegriffen, mit frischen Brandspuren an den Haaren, wurden wieder laufen gelassen. Stattdessen beschuldigten die Lübecker Polizei und Staatsanwaltschaft einen Hausbewohner, einen Geflüchteten, sein eigenes Haus in Brand gesetzt zu haben und sich danach seelenruhig über dem gelegten Feuer wieder ins Bett gelegt zu haben. Diese absurde Beschuldigung führte in zwei Prozessen zu einem klaren Freispruch – aber auch dies nur durch eine engagierte Verteidigung und die unermüdliche Prozessbegleitung durch antirassistische Initiativen.

Das Ziel der Beschuldigung war trotzdem erreicht: In der Öffentlichkeit war der Brand kein rassistischer Anschlag mehr, Konsequenzen mussten nicht gezogen

Fachtagung am 20. Januar 2017 in Kiel

## „Aspekte der gelungenen Integration“

Auf der Fachtagung „Aspekte der gelungenen Integration – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ sind das Netzwerk „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ und das Regionale Berufsbildungszentrum Wirtschaft der Landeshauptstadt Kiel zusammen mit über 200 Tagungsteilnehmer\*innen der Frage nachgegangen: Wie kann die Integration von Asylbewerber\*innen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gelingen?

Hierher Geflüchtete möchten sich in Deutschland eine Existenz aufbauen, an der Gesellschaft teilhaben und einen eigenen Beitrag zum guten Zusammenleben leisten. Insbesondere eine gelungene Arbeitsmarktintegration haben sie im Blick. Sie wird auch von Gesellschaft und Politik eingefordert. Hürden bestehen weiterhin in der Rechts- und Verordnungslage, die für arbeitswillige Flüchtlinge ohne Unterstützung kaum überwindlich sind. Zunehmend kommen in den Medien Unternehmen zu Wort, die von positiven Erfahrungen bei der betrieblichen Integration von Geflüchteten

berichten. Gleichzeitig klagen sie über Bürokratie und den betrieblichen Interessen zuwiderlaufende Rechtslagen. Die Erwartungen sind sowohl auf Seiten der Geflüchteten als auch der Regeldienste sowie der Wirtschaft und Politik groß.

Mit dem Fachtag haben das Netzwerk „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ und das RBZ Wirtschaft in Kiel Aspekte gelungener Integration und weitere Handlungsbedarfe aufgezeigt.

Eine Dokumentation ist auf [www.mehrlandinsicht-sh.de](http://www.mehrlandinsicht-sh.de) und dem YouTube-Kanal des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V. zu finden.

Ein Beitrag von Prof. Ayça Polat zum Thema findet sich auf der nächsten Seite.



werden, das „deutsche Ansehen im Ausland“ war gerettet. Das Verbrechen gilt seitdem offiziell als unaufgeklärt und die Erinnerung daran spielt auch in Lübeck keine große Rolle mehr.

## Vieles ist heute wie ein Déjà-vu

Heute sprechen viele vom „Terror“ und benutzen Anschläge wie den von Berlin, um Polizei und Geheimdienste mit immer neuen Befugnissen auszustatten, unser aller Freiheit immer mehr einzuschränken und immer neue rassistische Gesetze gegen Geflüchtete und Migrant\*innen zu erlassen. Aber der Terror war in Lübeck schon vor 21 Jahren. Die Täter\*innen hatten – nach allem, was wir wissen – helle Haut und einen deutschen Pass. Polizei und Justiz haben sie einfach laufen gelassen, weil ihnen deutsche Täter\*innen nicht ins politische Bild passten.

21 Jahre später stehen wir also wieder oder immer noch auf den Straßen und demonstrieren gegen Rassismus. Vieles ist wie ein Déjà-vu. Wie in den Neunzigern zieht in vielen Orten ein rassistischer Mob durch die Straßen. Wie in den Neunzigern kochen Parteien darauf ihr politisches Süppchen und schwadronieren davon, dass man die Sorgen der Menschen verstehen müsste. Wie in den Neunzigern versagen Polizei und Justiz systematisch bei der Aufklärung von rassistischen Verbrechen.

Am schlimmsten aber ist das fortdauernde Verbrechen an den europäischen Außengrenzen, das von so vielen achselzuckend als normal oder nicht zu ändern hingenommen wird. Nach dem viel zu kurzen Sommer der Migration, der für Millionen Menschen – Geflüchtete und Einheimische – keine Bedrohung war, sondern eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung, wurden die Grenzen wieder hochgezogen. Mehr als 5.000 Menschen starben allein im Jahr 2016 im Mittelmeer, weil ihnen alle anderen Wege zur Flucht nach Europa verschlossen sind. Eine wirklich massenmörderische Grenze, die Europa da um sich gezogen hat, es ist mit Abstand die tödlichste Grenze der Welt.

In dieser Situation hilft es wenig, wenn wir uns heute auf diesem Platz versichern, dass wir für Toleranz und Mitmenschlichkeit, gegen die AfD und ihren Rassismus und für eine Willkommenskultur sind.

Wir brauchen vielmehr den Mut, den Schleier der herrschenden Doppelmoral zu zerreißen und den Konflikt einzugehen nicht nur mit den offenen Hetzern, sondern auch mit dem staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus, der deshalb so tief verwurzelt ist, weil er auf den kapitalistischen Prinzipien von Konkurrenz und Spaltung basiert.

## Die Politik der Spaltung beenden

Es geht also nicht ums Reden, sondern ums Handeln. Darum, sich der AfD tat-

sächlich und körperlich mit Blockaden in den Weg zu stellen, wo immer sie auftritt. Darum, Geflüchteten zuzuhören und bei ihrem Kampf mit den Ausländerbehörden und dem alltäglichen Rassismus zu unterstützen. Sie, wenn nötig, auch aufzunehmen und zu verstecken, um sie vor Abschiebung zu schützen.

Insbesondere geht es darum, keine Abschiebungen nach Afghanistan, mitten in ein Kriegsgebiet zuzulassen. Es geht darum, dass die Einreise nach Europa mit Fähren und Flugzeugen möglich ist, anstatt mit Schlauchbooten über das offene Meer. Es geht darum, dass der schändliche Pakt der EU mit Erdoğan, dieses Abkommen, das die Flüchtlingsabwehr gegen das Schweigen zur Errichtung einer Diktatur in der Türkei tauscht, sofort gekündigt werden muss. Es geht darum, dass mit der rassistischen und mörderischen Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Europa gebrochen werden muss, dass sie radikal umgekehrt werden muss. Und es geht darum, der Politik der Spaltung, des Rassismus, des Neoliberalismus einen Aufbruch der Hoffnung und der Solidarität entgegen zu setzen, der nur von unten, der nur von uns selbst kommen kann.

Dafür müssen wir uns einsetzen und kämpfen – und wenn es noch einmal 21 Jahre dauert.